



Foto: Julia Ackermann



Foto: André Müller



Foto: André Müller

# DIE NEW URBAN AGENDA

## Eine Grundlage für lebenswerte Städte

Zentrale Forderungen bei Habitat III waren: bezahlbarer Wohnraum, nachhaltige urbane Mobilität und Klimaschutz. Die Ziele der New Urban Agenda und der nachhaltigen Stadtentwicklung in den drei Dimensionen der Nachhaltigkeit lassen sich nur erreichen, wenn Städte und Nationen international noch stärker zusammenarbeiten.

---

**Ralf Schulze**  
Leiter des Referats „Internationale Stadtentwicklungspolitik, Urbanisierungspartnerschaften, Smart Cities“ im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)  
SW13@bmub.bund.de

167 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (UNO) verabschiedeten am 20. Oktober 2016 in Quito einstimmig die New Urban Agenda, die globale Stadtentwicklungsagenda für die nächsten zwei Jahrzehnte. Die feierliche Verabschiedung bildete den Höhepunkt der Habitat-III-Konferenz.

Die dritte Konferenz der Vereinten Nationen zu Wohnungswesen und nachhaltiger Stadtentwicklung fand vom 17. bis 20. Oktober 2016 in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito statt. UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon hatte sie am 17. Oktober gemeinsam mit dem ecuadorianischen Staatspräsidenten Rafael Correa eröffnet.

Mit etwa 30.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern – darunter rund 10.000 aus dem Ausland – war der viertägige Gipfel die größte jemals von Ecuador ausgerichtete Konferenz. Mit gut 70 auf politischer Ebene vertretenen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (darunter insgesamt 16 EU-Mitgliedstaaten) war die Beteiligung groß.

## Das Ergebnis von Habitat III

Das Abschlussdokument der Habitat-Konferenz, die New Urban Agenda, wurde nach einem zweijährigen Vorbereitungsprozess mehr als vier Monate verhandelt und am 10. September 2016 in New York vorläufig vereinbart. Mit der New Urban Agenda verabschiedete die Konferenz ein Dokument, das weltweit Maßstäbe für eine nachhaltige Stadtentwicklung setzt. Die New Urban Agenda ist das Leitbild der lebenswerten, wirtschaftlich starken, umweltgerechten, widerstandsfähigen und sozial inklusiven Stadt. Sie fordert dafür den Aufbau, das Management und die Weiterentwicklung nationaler Stadtentwicklungspolitiken, entsprechende Ressourcenausstattung und Planungsinstrumente. Sie fordert, nationale Finanzmittel zur Unterstützung städtischer Belange bereitzustellen, Städte als Entwicklungsakteure anzuerkennen und zu befähigen. Die Entwicklung und der Umbau der Städte sollten sich künftig am integrierten Ansatz nachhaltiger Stadtplanung und -entwicklung orientieren.

Die New Urban Agenda ist völkerrechtlich nicht verbindlich. Sie ist aber ein handlungsleitender Rahmen mit Leitlinien, die für die Institutionen der Vereinten Nationen bindend sind und die durch die einvernehmliche Annahme der

Habitat III war die erste Konferenz der Vereinten Nationen nach Verabschiedung der Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens. Sowohl die Agenda 2030 als auch das Pariser Klimaabkommen setzten zuvor neue ambitioniertere Klima- und Entwicklungsziele und erfordern eine breite Umsetzung. So sollen Städte gemäß dem globalen Nachhaltigkeitsziel 11 der Agenda 2030 inklusiv, sicher, resilient und nachhaltig werden. Die Habitat-Konferenz bot somit Gelegenheit zu diskutieren, wie die globalen Entwicklungs- und Klimaziele in Megacities, Städten und Kommunen erreicht werden können; wie Urbanisierung allgemein, aber auch angemessener Wohnraum und Stadt-Umland-Beziehungen geplant werden müssen, damit die Städte ihre Rolle als Triebfeder für nachhaltige Entwicklung ausfüllen können. Kernziele von Habitat III waren mithin, das politische Engagement für integrierte und nachhaltige Stadtentwicklung zu sichern, die bisherigen Errungenschaften des Habitat-Prozesses zu bewerten sowie neue Herausforderungen zu identifizieren und anzugehen.

Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sowie die breite Beteiligung von Kommunen und relevanten Gruppen eine politische Ausstrahlungswirkung entfalten. Erstmals haben sich alle Staaten dazu bekannt, dass sie ihre Städte bei der Bewältigung der Urbanisierung nicht allein lassen dürfen. Vielmehr müssen sie die Rahmenbedingungen schaffen, damit Städte ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllen können. Die politische, rechtliche und finanzielle Stärkung der Städte war eines der wichtigsten Verhandlungsziele von Deutschland und der EU. Es konnte unter grundsätzlicher Anerkennung der Prinzipien von Dezentralisation und Subsidiarität in der New Urban Agenda durchgesetzt werden.

Die Bedeutung der Habitat-III-Konferenz ist auch darin zu sehen, dass sie die Folgen der Urbanisierung auf die politische Agenda gesetzt hat. Es geht nun darum, diese Aufmerksamkeit national wie international für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu halten. Dem wird auf globaler Ebene die vierjährige Vorlage eines Fortschrittsberichts an die UNO-Generalversammlung dienen, der aufbauend auf der Berichterstattung zu den Sustainable Development Goals (SDGs) konzipiert werden soll.

Als eine tragende Säule der Umsetzung der New Urban Agenda auf internationaler Ebene ist die Vertiefung der internationalen Kooperation zur nachhaltigen Stadtentwicklung auszubauen.

Deutschland trägt zur Vertiefung dieser internationalen Kooperationen bei und verstärkt hierfür sein Engagement in der internationalen Stadtentwicklung. Seit 2015 fördert die Internationale Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) auch Projekte mit Fokus auf eine nachhaltige Stadtentwicklung und ergänzt damit unter anderem das Engagement des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Hinzu kommen Urbanisierungspartnerschaften und Kooperationen mit einer Reihe von Ländern wie etwa China, Brasilien und Indien. Diese Partnerschaften und Kooperationen fördern den Erfahrungs- und Fachaustausch zwischen Regierungen sowie zwischen Städten und Gemeinden. Von diesem Erfahrungsaustausch profitieren alle Seiten. Deutschland kann zum Beispiel im Bereich Smart Cities viel von den Erfahrungen anderer Länder lernen. Zudem werden diese Partnerschaften und Kooperationen bei Bedarf flankiert von finanziellen Unterstützungen für Investitionen und zum Kapazitätsaufbau in Entwicklungsländern. Maßgeblich für diese Partnerschaften sind die „Leitlinien der Bundesregierung zur internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Urbanisierung – Partner in einer Welt der Städte“.

## Literatur

**Deutscher Bundestag**, 2015: Leitlinien der Bundesregierung zur internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Urbanisierung – Partner in einer Welt der Städte, Drucksache 18/4924. Zugriff: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/049/1804924.pdf> [abgerufen am 08.05.2017].

**United Nations General Assembly**, 2017: New Urban Agenda: Adopted by the UN General Assembly. Zugriff: <https://habitat3.org/the-new-urban-agenda> [abgerufen am 08.05.2017].

## So engagiert sich das BMUB für die internationale Stadtentwicklung

### Internationale Klimaschutzinitiative (IKI) – Schwerpunkt Stadtentwicklung

Die Bundesregierung unterstützt seit 2015 im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) des BMUB unter dem Förderschwerpunkt „Nachhaltige Stadtentwicklung, nachhaltiges Bauen“ bereichsübergreifend Maßnahmen und Initiativen zur klimafreundlichen und klimagerechten Stadtentwicklung und zum nachhaltigen Bauen. Hier stehen die Entwicklungen von sektorübergreifenden Klimaschutzstrategien und von Konzepten im Vordergrund, die auf eine energie-, flächen- und ressourcenschonende Stadtentwicklung gerichtet sind.

### Die Deutsch-Chinesische Urbanisierungspartnerschaft

Im Mai 2013 vereinbarten Bundeskanzlerin Angela Merkel und der chinesische Ministerpräsidenten Li Keqiang bei dessen Besuch in Berlin die Deutsch-Chinesische Urbanisierungspartnerschaft. Das BMUB setzt die Partnerschaft gemeinsam mit dem chinesischen Ministry of Housing and Urban-Rural Development (MoHURD) um. Mit MoHURD ist die Einrichtung eines Lenkungsausschusses auf Ministeriebene, eine gemeinsame interministerielle Arbeitsgruppe auf Abteilungsleiterebene sowie ein alle drei Jahre stattfindendes hochrangiges Urbanisierungsforum vorgesehen. Gemeinsame Aktivitäten sollen insbesondere den Erfahrungs- und Fachaustausch zwischen beiden Regierungen, aber auch zwischen Bürgermeistern und Partnerstädten sowie zwischen Bundesländern und Provinzen zu aktuellen Fragen nachhaltiger Stadtentwicklungspolitik fördern. Die Urbanisierungspartnerschaft sieht zudem vor, stadtübergreifende Netzwerke zu nutzen und neu zu bilden. Der Aufbau von Kapazitäten durch fachliche Aus- und Weiterbildung von deutschen und chinesischen Experten (Kommunen, Unternehmen, Wissenschaft, Verbände) bildet einen weiteren Schwerpunkt.

### Zusammenarbeit mit Indien im Bereich nachhaltige Stadtentwicklung und Smart Cities

Zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der nachhaltigen Stadtentwicklung unterzeichneten das Ministerium für Stadtentwicklung der Republik Indien und das BMUB im April 2015 eine Absichtserklärung. Sie wollen gemeinsame Herausforderungen der Stadtentwicklung identifizieren und den Austausch über Politikansätze und Forschungen intensivieren. Hierfür wird ein Peer-to-Peer-Netzwerk zwischen Städten und interessierten Institutionen aufgebaut. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe auf Regierungsebene unterstützt die Zusammenarbeit. Indien ist Schwerpunktland von IKI, die im Bereich Stadtentwicklung insbesondere eine kohlenstoffarme und klimaresistente Entwicklung von Städten und Gemeinden fördert. Das IKI-Projekt „Climate Smart Cities“ unterstützt die Umsetzung des Smart-Cities-Programms der indischen Regierung und die Durchführung ausgewählter Maßnahmen.

### Urbanisierungspartnerschaft mit Brasilien

Im August 2015 beschlossen Brasilien und Deutschland eine Urbanisierungspartnerschaft. Sie soll den Austausch beider Länder zu Themen der integrierten, nachhaltigen Stadtentwicklung, Smart Cities und Urban Governance intensivieren. Es wurde eine interministerielle deutsch-brasilianische Arbeitsgruppe eingerichtet, die bereits einmal getagt hat. Brasilien ist ebenfalls Schwerpunktland von IKI. Das IKI-Projekt „Unterstützung der nationalen Agenda für nachhaltige Stadtentwicklung“ soll föderale, bundesstaatliche und lokale Akteure unterstützen, wenn sie abgestimmte Strategien zur nachhaltigen Stadtentwicklung entwickeln und umsetzen. Die ausgewählten Akteure sollen dann als Multiplikatoren wirken, um Stadtentwicklungsstrategien in ganz Brasilien zu etablieren.

### D4C – Vernetzte Städte zum Thema städtische Energien in Deutschland, den USA und den BRICS-Staaten

Das Design dieses Projekts der bilateralen Zusammenarbeit sieht vor, anhand von Workshops die Zusammenarbeit der beteiligten Kommunen im Verwaltungs- und Planungsalltag unter Nutzung verschiedener Lernformate konkret zu unterstützen. Zwischengeschaltete Analysen stellen den Bezug zu Gesetzgebung und Förderpolitik auf nationaler Ebene her. Zwischen den einzelnen Workshops werden die Lernerfolge regelmäßig in Webinars unter Beteiligung aller Netzwerkstädte diskutiert. Das Projekt ist Teil der Partnerschaften, die das BMUB und das U.S. Department of Housing and Urban Development (HUD) sowie das Department of Cooperative Governance and Traditional Affairs of the Republic of South Africa (CoGTA) im Bereich Stadtentwicklung geschlossen haben. Um den Austausch- und Lernprozess zu vertiefen und zugleich auf eine breitere Basis zu stellen, sind die Städte Bottrop, Karlsruhe und Leipzig diesseits des Atlantiks und Baltimore, Charlotte und Pittsburgh jenseits des Atlantiks Säulen des Projekts. Hinzu kommen Städte aus Südafrika: Nelson Mandela Bay (Port Elizabeth), Ekurhuleni und Msunduzi (Pietermaritzburg). Die teilnehmenden deutschen Städte sind hier Halle (Saale), Ludwigsburg und München.